



**Unterausschuss „Personal“
des Haushalts- und Finanzausschusses**

33. Sitzung (öffentlich)

14. Oktober 2003

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 16:10 Uhr

Vorsitz: Manfred Palmen (CDU)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

| | |
|--|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 1 |
| • Aufstellung der Tagesordnung..... | 1 |
| 1 Umsetzung der Ergebnisse der Regierungskommission „Zukunft des öffentli- chen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft“ | 1 |
| Vorlage 13/2286 | |
| • Bericht durch Wolfgang Riotte (Beauftragter für die Reform des öffentlichen Dienstes)..... | 1 |
| • Diskussion..... | 7 |

| | | |
|----------|---|-----------|
| 2 | Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und über die Bezüge der Staatssekretäre und entsprechender Versorgungsempfänger in den Jahren 2003 und 2004 für das Land Nordrhein-Westfalen | 12 |
| | Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/4313 | |
| | <u>In Verbindung damit:</u> | |
| | Keine Ungleichbehandlung im öffentlichen Dienst | |
| | Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/4328 | |
| | • Diskussion..... | 13 |
| | • Ergebnis..... | 13 |
| 3 | Versorgungsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen | 14 |
| | Vorlage 13/2220 | |
| | <u>In Verbindung damit:</u> | |
| 4 | Raus aus der Pensionsfalle | 14 |
| | Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/3730 | |
| | • Bericht durch MDgt Steller (FM) | 14 |
| | • Diskussion..... | 15 |
| | • Ergebnis..... | 15 |
| 5 | Personalsituation in der Justiz..... | 15 |
| | Drucksachen 13/3832 und 13/4024 Zuschrift 13/3120 Pressedokumentation (Tischvorlage) | |
| | • Diskussion..... | 18 |
| | • Ergebnis..... | 21 |

| | | |
|----------|---|----|
| 6 | Überstunden im Justizvollzug | 21 |
| | • Bericht durch MR Steffen (JM) | 21 |
| | • Diskussion | 22 |
| | • Ergebnis..... | 23 |
| 7 | Rationalisierungspotenzial im Bereich der Schreibdienststellen durch „ganzheitliche Vorgangsbearbeitung“ und Einsatz moderner Informationstechnik wie z. B. Spracherkennungsgeräte | 23 |
| | • Bericht durch MR Landwehr (FM)..... | 23 |
| | • Ergebnis..... | 25 |
| 8 | Arbeit der Personalagentur und Realisierung von kw-Vermerken | 25 |
| | Vorlage 13/2327 | |
| | • Ergebnis: <i>abgesetzt</i> | 25 |
| 9 | Auswirkungen des Stellenabbaus bei den Betriebsprüfern | 25 |
| | • Bericht durch MR Schmücker (FM) | 25 |
| | • Diskussion | 26 |

Ein Großteil der hier Anwesenden werde diese Wandlungen nicht mehr erleben, weil es eine enorm große Aufgabe sei, bei 413.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen vernünftigen Plan zur Umsetzung zu finden. Ob man dann auch den Mut haben werde, tatsächlich wie in den Niederlanden und in der Schweiz durchzugreifen und etwa wie in der Schweiz das Berufsbeamtentum abzuschaffen, werde sich noch zeigen.

Wolfgang Dietrich (CDU) vergewissert sich, ob Herr Riotte als Reformbeauftragter der Landesregierung auch Anregungen gebe, wie man ressortübergreifend eine standardisierte Kosten- und Leistungsrechnung erstelle, woran es im Moment wohl hapere.

Wolfgang Riotte (Beauftragter für die Reform des öffentlichen Dienstes) antwortet, es gebe bereits eine seit einem Jahr arbeitende Arbeitsgruppe im Finanzministerium, die schon etabliert gewesen sei, bevor er seinen Auftrag erhalten habe. An dieser Arbeitsgruppe wirke er im Sinne seines Koordinierungsauftrags mit. Ziel sei es in der Tat, ein ressortübergreifendes System der Kosten- und Leistungsrechnung herzustellen, das entweder gleichzeitig Haushaltsrechnungssystem sei oder mit ihm so verbunden werde, dass die damit befassten Beschäftigten die Daten nicht doppelt eingeben müssten. Daran werde gearbeitet, und das sei die Voraussetzung für die Zielerreichung im Jahre 2008.

Auf die weitergehende Frage von **Wolfgang Dietrich (CDU)**, ob es im Innenministerium andere Vorstellungen als im Finanzministerium gebe, antwortet **Wolfgang Riotte (Beauftragter für die Reform des öffentlichen Dienstes)**, Meinungsunterschiede gebe es nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in anderen Ländern sowie in der Wissenschaft. Kosten- und Leistungsrechnung kann als System für sich neben einem wie auch immer gearteten Haushaltsrechnungssystem gefahren werden oder auch weitgehend an die Stelle eines Haushaltsrechnungssystem treten. Es gebe eine dritte Lösung, die zwischen beiden eine Schnittstelle herstelle. Welche Lösung man wähle, hänge von der IT-Technik ab oder davon, welches Interesse die jeweiligen Ressorts bzw. die Ministerin oder der Minister an dem Thema hätten. Es hänge natürlich auch davon ab, ob die Haushälter das aktuelle Handeln der Ressorts minutiös beobachten sollten. Es sei Sorge der beobachteten Ressorts, dass sie permanent an der Ausführung des Haushalts gehindert würden, wie sie es für richtig hielten. Er glaube, dass die weiteren Diskussionen über dieses Thema auch in anderen Ländern hälften, über diese Meinungsverschiedenheiten hinwegzukommen. Dass die Landesregierung zu einer einheitlichen Kosten- und Leistungsrechnung entschlossen sei, möge man daran erkennen, dass der neue Haushaltsplan eine entsprechende Verstärkung beim Finanzministerium zum Inhalt hat.

2 **Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und über die Bezüge der Staatssekretäre und entsprechender Versorgungsempfänger in den Jahren 2003 und 2004 für das Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4313

In Verbindung damit:

Keine Ungleichbehandlung im öffentlichen Dienst

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4328

Vorsitzender Manfred Palmén berichtet, dass der Haushalts- und Finanzausschuss am Donnerstag der vergangenen Woche die Durchführung einer Anhörung auf Antrag der Fraktion der FDP beschlossen habe. Er schlägt daher vor, dieses Thema zu vertagen.

Günter Garbrecht (SPD) meint ergänzend, die Auswertung der Anhörung sollte dann auch im Umkreis des HFA erfolgen, sodass eine weitere Beschäftigung mit dem Thema im Unterausschuss „Personal“ entbehrlich wäre. Insofern sollte das Thema an den HFA zurückverwiesen werden. – **Vorsitzender Manfred Palmén** sieht das ebenso, zumal aus Termingründen keine Gelegenheit mehr bestehe, das Thema im Unterausschuss zu diskutieren.

Angela Freimuth (FDP) meint, sicherlich sei es vor einer weiteren Beratung sinnvoll, die Anhörung abzuwarten. Sollte die Mehrheit des Ausschusses dem Vorschlag folgen, die Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss fortzusetzen, ohne zuvor im Unterausschuss darüber zu beraten, könnte sie dem auch folgen, fände es aber vom Selbstverständnis des Unterausschusses her angemessen, etwa in einem Obleutegespräch am Rande des Plenums noch eine Lösung zu finden, um dieses wichtige Thema bezüglich des gesamten Personals der Landesverwaltung auch im Unterausschuss Personal in Verbindung mit den Ergebnissen der Anhörung zu behandeln, gegebenenfalls in einer Sondersitzung des Unterausschusses zur Vorbereitung der Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses.

Vorsitzender Manfred Palmén hält darauf hin fest, der Punkt werde mehrheitlich formal an den HFA zurückgegeben. Am Rande der Anhörung werde in einem **Obleutegespräch** über eine eventuelle **weitere Behandlung** des Tagesordnungspunktes im Unterausschuss und gegebenenfalls über eine Sondersitzung befunden.

Günter Garbrecht (SPD) erklärt sich damit einverstanden, will dem Ausschuss aber nicht vorenthalten, dass die Koalitionsfraktionen zu diesem Gesetzentwurf eine Änderung diskutiert und beschlossen hätten. Danach wolle man die Sonderzahlung bis einschließlich der Besoldungsgruppe A 6 bei dem bisherigen Umfang belassen und für die Besoldungsgruppen A 7 und A 8 von 84,29 auf 70 % heruntergehen. Der Einsparbetrag, der für diese Umverteilung notwendig sei, werde bei den Versorgungsempfängern durch die Erhöhung Absenkung von 50 % um weitere 3%-Punkte erbracht. Motiv dieser Operation sei die soziale Ausgewogenheit. Diese Überlegungen könnten im Rahmen der Anhörung sicherlich noch diskutiert werden.